

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Hasim Sönmez, SP): Abbau des Service public in der Bundeshauptstadt – Post verärgert die Bevölkerung und die Wirtschaft!

Der Service public hat in der Schweiz einen hohen Stellenwert; dies zeigen die heftigen Debatten, sobald Veränderungen zur Diskussion stehen – sei dies bezüglich Poststellennetz, Volksmusik am Radio oder Privatisierung der Swisscom. Der Bundesrat hat in seinem Strategie-Bericht „Grundversorgung in der Infrastruktur“ 2004 eine eigentliche Leistungsbilanz vorgelegt. Darin steht unter anderem, dass die Schweizerische Post das Land flächendeckend versorgt. Ihre Zuverlässigkeit ist sprichwörtlich und erreicht immer wieder europäische Spitzenwerte. Das schafft Vertrauen in den Service public.

Dieses Vertrauen wird rasch zerstört, wenn die Post nach dem Poststellenabbau und angekündigten Preiserhöhungen nun das Angebot an Dienstleistungen (Anzahl Postkästen, Leerungszeiten) weiter massiv reduziert. Die Schweizerische Post lässt sich mit Attributen wie „zuverlässig“ und „flächendeckend“ feiern, um gleichzeitig der verwaltungsintensiven Stadt Bern ihr Qualitätssiegel als Dienstleistungszentrum aus scheinbar unternehmerischen Überlegungen zu entziehen. Das stösst den Bernerinnen und Bernern zu recht sauer auf.

Ich frage daher den Gemeinderat:

1. Wurde die Stadt Bern von der Schweizer Post vorgängig zu den jetzt laufenden Abbaumassnahmen konsultiert oder zumindest informiert? Wie weit ist der Gemeinderat über die zukünftigen Pläne der Post informiert?
2. Lässt sich die Stadt Bern als politisches Zentrum (Hauptstadt) und anerkanntes Dienstleistungszentrum diese Einschränkungen (Postkastenabbau, Änderung der Leerungszeiten, Zuverlässigkeit der A-Post Sendungen, Schutz des Postgeheimnisses usw.) durch die Schweizer Post gefallen? Welche Massnahmen ist der Gemeinderat bereit zu ergreifen?
3. Welche Auswirkungen auf das Dienstleistungszentrum und die Hauptstadt Bern haben diese Massnahmen? In welchen Bereichen sieht der Gemeinderat durch diesen erneuten Abbau besondere Nachteile (Wirtschaft, Sport, Kultur, Tourismus usw.)?
4. Ist der Gemeinderat bereit, sich zusammen mit den wichtigsten Unternehmen, Organisationen und Verbänden der Stadt Bern beim Bund und bei der Post gegen den weiteren Abbau zu wehren?
5. Gibt es klare Aussagen der Post über das zukünftige Dienstleistungsangebot und die Poststellendichte in der Stadt Bern?

Bern, 19. März 2009

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Hasim Sönmez, SP): Ruedi Keller, Miriam Schwarz, Daniela Schäfer, Annette Lehmann, Giovanna Battagliero, Leyla Gül, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Stefan Jordi, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Rithy Chheng, Ursula Marti, Thomas Göttin, Beat Zobrist, Michael Aebersold

Antwort des Gemeinderats

Die Beziehungen zwischen der Post und den Stadtberner Behörden sind gut. Obwohl Bern als Hauptstadt bei der Ausrichtung des Dienstleistungsangebots im schweizweiten Vergleich aus verständlichen Gründen keine speziellen Privilegien genießt, darf sie sich bezüglich der Standorttreue des Post-Konzerns sicher sein. Dieses Bekenntnis zur Stadt Bern belegen die Entscheide, den Post-Hauptsitz von der Schönburg in die Schanzenpost zu verlegen und die PostFinance im Raum PostFinance-Arena neu zu zentralisieren, eindrücklich auf.

Liberalisierung und verändertes Kundenverhalten setzen die Post unter wirtschaftlichen Druck. Auf Anfang Juli wurde das Briefmonopol auf 50 Gramm gesenkt, später soll der Markt nach dem Willen des Bundesrats ganz liberalisiert werden.

Die Probleme mit der Umsetzung von Restrukturierungs- und Optimierungsmassnahmen sind nicht bernspezifisch, sondern eine landesweite Erscheinung. Dessen ist sich die Post auch bewusst. Sie setzt alles daran, um die Zuverlässigkeit der Postzustellung zu erhöhen. Fortschritte bei der Eliminierung von Kinderkrankheiten in Zusammenhang mit dem neuen Zustellsystem sind unverkennbar.

In Sachen Problematik mit dem Abbau der Briefkästen hat sich der Gemeinderat gegenüber dem Stadtrat bereits zweimal vernehmen lassen (vgl. Interpellation und Postulat von Luzius Theiler). An einem Treffen mit dem Konzernchef der Post hat der Stadtpräsident verschiedene Schwachstellen auf den Tisch gelegt. Immerhin konnte erreicht werden, dass die Anzahl der Briefkästen auf Stadtgebiet mit Leerung am Nachmittag/Abend bis Ende Juli 2009 um 26% erhöht wurden.

Zu Frage 1:

Im Jahr 2006 hat die Post ihre Absichten und Vorschläge bezüglich Briefkästen den zuständigen Fachstellen unterbreitet und mit ihnen diskutiert. Bezüglich der Überprüfung der Poststellen, von der die Stadt nicht über Gebühr betroffen ist, erfolgte noch keine offizielle Kontaktaufnahme. Vorerst will die Post ihre internen Resultate abwarten. Ein reger und konstruktiver Kontakt zwischen dem Post-Konzern und der Stadt besteht selbstverständlich im Zusammenhang mit den beiden grossen Bauprojekten.

Zu Frage 2:

Mit den strategischen Standortentscheiden für die beiden Hauptsitze wird Bern als Dienstleistungszentrum gestärkt. Mit der Optimierung der Standorte der Briefkasten hat sich der Komfort für einen Teil der Postkundinnen und -kunden verschlechtert, was bedauerlich ist. Insgesamt beurteilt der Gemeinderat die neue Ordnung, die sich nicht von anderen Schweizer Städten unterscheidet, als vertretbar. Negative Rückmeldungen und zu Ohren gekommene Sorgen aus der Bevölkerung werden bei den Kontaktgesprächen mit den Post-Verantwortlichen thematisiert. Weitere Massnahmen sind zurzeit nicht geplant und auch nicht nötig.

Zu Frage 3:

Abgesehen von gewissen Komforteinbussen sind dem Gemeinderat keine besonderen Nachteile bekannt. Auch entzieht es sich der Kenntnis des Gemeinderats, ob bestimmte Organisationen - zum Beispiel wegen verspäteter Postzustellung - einen wirtschaftlichen Schaden erlitten haben. Diesbezügliche Klagen sind bei der Stadt keine eingetroffen.

Zu Frage 4:

Da dem Gemeinderat zurzeit keine weiteren Abbaupläne der Post bekannt sind, sieht er keine Veranlassung, quasi prophylaktisch beim Bund und bei der Post vorzusprechen. Sollten in Zukunft weitere Verschlechterungen der Dienstleistung oder einen Abbau des Service public erfolgen, wird der Gemeinderat selbstverständlich bei den entsprechenden Stellen die Interessen der Stadt verteidigen.

Zu Frage 5:

Die Poststellendichte bleibt in Bern auf dem heutigen Stand beibehalten. Einzig die Poststellen Bern-Riedbach und Bundeshaus werden zurzeit überprüft. Das Ergebnis ist noch offen. Die Post hat zugesichert, dass vor einer allfälligen definitiven Veränderung das Gespräch mit der Stadt aufgenommen wird.

Bern, 9. September 2009

Der Gemeinderat